



USA und Ukraine einigen sich auf Rohstoffabkommen – anscheinend ohne Sicherheitsgarantien

Die Vereinigten Staaten und die Ukraine haben ein bedeutendes Abkommen über die Nutzung ukrainischer Rohstoffe geschlossen. Dieses sieht die Gründung eines gemeinsamen Investitionsfonds vor, der auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Wiederaufbau der Ukraine abzielt. Trotz intensiver Verhandlungen enthält das Abkommen jedoch keine spezifischen Sicherheitsgarantien für die Ukraine.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und US-Präsident Donald Trump sollen das Abkommen am Freitag in Washington unterzeichnen. Dieses Treffen wird als entscheidender Schritt zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern betrachtet. Gleichzeitig bleibt die Frage nach langfristigen Sicherheitszusagen der USA an die Ukraine offen.

Kernpunkte des Abkommens

Das Abkommen sieht die Einrichtung eines „Reconstruction Investment Fund“ vor, der von beiden Regierungen gemeinsam verwaltet wird. Ziel dieses Fonds ist es, Einnahmen aus der Monetarisierung ukrainischer natürlicher Ressourcen wie Mineralien, Öl und Gas zu sammeln und in den Wiederaufbau des Landes zu investieren. Die Ukraine verpflichtet sich, 50 % der zukünftigen Einnahmen aus diesen Ressourcen in den Fonds einzuzahlen. Die genaue Verteilung der Beiträge zwischen den beiden Ländern soll in einem separaten Abkommen festgelegt werden.

Ein bemerkenswerter Aspekt des Abkommens ist, dass die USA auf ihre ursprüngliche Forderung nach vollständiger Kontrolle über den Fonds verzichtet haben. Stattdessen wird die Verwaltung geteilt, wobei die Entscheidungsbefugnisse entsprechend den jeweiligen Beiträgen aufgeteilt werden. Diese Änderung wurde vorgenommen, nachdem die Ukraine Bedenken hinsichtlich der Souveränität über ihre Ressourcen geäußert hatte.

Fehlende Sicherheitsgarantien

Trotz der wirtschaftlichen Vorteile des Abkommens bleibt die Frage der Sicherheitsgarantien ungelöst. Präsident Selenskyj hat wiederholt betont, dass klare Sicherheitszusagen seitens der USA erforderlich sind, um weitere Aggressionen Russlands abzuschrecken. Bislang hat Washington jedoch keine konkreten Verpflichtungen in dieser Hinsicht übernommen.

Einige europäische Verbündete erwägen die Entsendung von Friedenstruppen in die Ukraine, doch ohne die Unterstützung der USA bleibt die Umsetzung solcher Pläne ungewiss. Trump hat zwar angedeutet, dass eine Form der Friedenssicherung notwendig sein könnte, doch



betonte er gleichzeitig, dass dies in einer Weise geschehen müsse, die für alle Parteien akzeptabel sei.

Reaktionen und Implikationen

Die Reaktionen auf das Abkommen sind gemischt. Während einige die wirtschaftlichen Vorteile und die Stärkung der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine hervorheben, äußern andere Bedenken hinsichtlich der fehlenden Sicherheitsgarantien. Es besteht die Sorge, dass die Ukraine ohne klare Zusagen weiterhin anfällig für externe Bedrohungen bleibt.

Darüber hinaus gibt es Diskussionen über die langfristigen Auswirkungen des Abkommens auf die Souveränität der Ukraine über ihre natürlichen Ressourcen. Obwohl der gemeinsame Investitionsfonds als Mittel zur Förderung des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Stabilität angesehen wird, bleibt abzuwarten, wie die tatsächliche Kontrolle und Verteilung der Ressourcen in der Praxis umgesetzt wird.

Insgesamt markiert dieses Abkommen einen bedeutenden Schritt in den Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine. Es zeigt das Engagement beider Länder für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine. Dennoch bleibt die Frage der Sicherheitsgarantien ein zentrales Thema, das in zukünftigen Verhandlungen weiter behandelt werden muss.

Von Andreas Brucker